

Deutschland unterstützt Kriegsverbrechen Israels



Menschen vor den Trümmern ihrer Häuser in Beit Lahia im nördlichen Gazastreifen *Quelle: AP*

Nach einer kurzen Feuerpause bombardiert die israelische Armee seit Dienstag, 19. August, wieder den Gazastreifen, eines der am dichtesten bevölkerten Gebiete der Erde, aus der Luft, vom Meer und vom Land aus. Dabei geht die israelische Armee rücksichtslos gegen die Zivilbevölkerung vor.

In dem fast 50 Tage andauernden Überfall auf den Gazastreifen wurden 2030 PalästinenserInnen getötet, 1444 von ihnen sind ZivilistInnen, darunter 475 Kinder und 246 Frauen (Quelle Bericht von Ocha OPT, UN-Organisation für die Koordination der Hilfsprojekte in Gaza und Westbank, vom 21. August 2014).

Gezielt hat die israelische Armee lebenswichtige Infrastruktur bombardiert. Die einzige Elektrizitätsanlage im Gazastreifen wurde so schwer beschossen, dass sie noch nicht wieder hergestellt werden konnte. Damit fehlt auch die Elektrizität für die Wasserversorgung und für das Abpumpen von Abwasser. Israelische Kampfflugzeuge haben außerdem mehrere zentrale Wasserleitungen gezielt zerstört. Nach Angaben von OCHA OPT sind von diesen Zerstörungen 900.000 Bewohner des Gazastreifens betroffen. Zum Teil hat das israelische Militär den Beschuss fortgesetzt, als Helfer versuchten, die bombardierten Leitungen zu reparieren. Etwa 70 000 Menschen in den Flüchtlingslagern werden vorerst ohne Wasserversorgung leben müssen, da es unter den Angriffen der israelischen Armee unmöglich ist, die Schäden zu reparieren

230 Schulgebäude wurden beschossen, davon sind 25 völlig zerstört oder schwer beschädigt. Ganze Stadtteile liegen in Schutt und Asche. Etwa 1000 Kinder sind so schwer verletzt, dass sie für ihr ganzes Leben behindert bleiben werden.

Die für die Untersuchung der verwendeten Kriegswaffen zuständigen Behörden in Gaza gehen davon aus, dass 20 000 Tonnen explosives Material auf den 360 km_ großen Gazastreifen abgeworfen wurden. Diese Waffen enthielten

Forderungen:

- 1. Aufhebung der Blockade des Gazastreifens**
- 2. Öffnung der Grenzübergänge für den Handel**
- 3. Wiederaufbau eines internationalen, von der UN beaufsichtigten Schiffs- und Flughafens**
- 4. Ausdehnung der Fischereizone auf 10 km vor der Küste des Gazastreifens**
- 5. Beaufsichtigung des Grenzübergangs bei Rafah nach Ägypten durch die UN**
- 6. Wiedererrichtung einer Industriezone und Förderung der weiteren ökonomischen Entwicklung im Gazastreifen**
- 7. Freilassung aller PalästinenserInnen, die nach der Ermordung der drei israelischen jugendlichen Siedlern inhaftiert worden sind**

teilweise auch Uran. Die dadurch entstandenen Umweltschäden werden noch die künftigen Generationen mit einem wesentlich erhöhten Krebsrisiko belasten.

Unterdessen wurde eine dreiköpfige UN-Kommission eingesetzt, die die Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen in Gaza, Westbank und Ostjerusalem untersuchen wird. Bekannte Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, Amnesty International, Medico International, die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen Al Haq, Adalah, Al Mezan, Palestinian Center for Human Rights und viele andere untersuchen die Kriegsverbrechen während des Angriffs auf den Gazastreifen und fordern die Anklage der Verantwortlichen in israelischer Regierung und Armee vor dem Internationalen Strafgerichtshof.

Dokumentiert sind inzwischen Fälle, in denen israelische Soldaten PalästinenserInnen erschossen haben, die klar als ZivilistInnen erkennbar waren und teilweise weiße Fahnen trugen. Medizinisches Personal wurde angegriffen sowie Krankenhäuser bombardiert, ein Behindertenzentrum und die Infrastruktur für die Wasserversorgung bombardiert.

Außerdem nehmen die Ärzte in den Krankenhäusern aufgrund der Verletzungen an, dass die israelische Armee die international verbotene Munition DIME (Dense Inert Metal Explosives) eingesetzt hat die extrem schwere Verletzungen verursacht.

Das Scheitern der Verhandlungen zwischen den Vertretern der PalästinenserInnen und der israelischen Regierung in Kairo lässt nur einen Schluss zu, die israelische Regierung ist nicht bereit, die humanitären Forderungen der PalästinenserInnen zu erfüllen, die eine unerlässliche Voraussetzung für den Wiederherstellung menschlicher Lebensbedingungen im Gazastreifen sind. Die Forderungen liegen schon seit Beginn des Kriegs gegen Gaza auf dem Tisch. Die PalästinenserInnen wollen die Aufhebung der Blockade von Gaza, die Öffnung der Grenzübergänge für den Handel,

den Wiederaufbau eines internationalen, von der UN beaufichtigten Schiffs- und Flughafens (beide wurden von Israel zerstört), die Ausdehnung der Fischereizone auf 10 km vor der Küste des Gazastreifens, die Beaufsichtigung des Grenzübergangs bei Rafah nach Ägypten durch die UN, internationale Streitkräfte an den Grenzen Gazas, die Wiedererrichtung einer Industriezone und Förderung der weiteren ökonomischen Entwicklung im Gazastreifen sowie die Freilassung aller PalästinenserInnen, die nach der Ermordung der 3 israelischen jugendlichen Siedlern inhaftiert worden sind (die Forderungen sind im Englisch dokumentiert auf <http://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/palestinian-factions-reportedly-set-10-conditions-10-year-truce-israel>)

Trotz offensichtlicher Kriegsverbrechen kann die israelische Regierung weiterhin auf die Unterstützung der westlichen Regierungen zählen, die USA und die BRD stehen dabei an erster Stelle. Während Brasilien, Chile und Ecuador wegen des Angriffs auf Gaza ihre Botschafter zurückgerufen haben, Spanien seine Rüstungslieferungen an Israel eingefroren hat und England dies überprüft, hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) noch nach Ausbruch der Gaza-Offensive durch die israelische Armee die Ausfuhr von Kriegswaffen im Wert von mehreren Millionen Euro durchgewinkt. Es handelt sich um Zünder für Kriegswaffen und ein U-Boot der Thyssen Krupp Marine Systems GmbH im Wert von 600 Millionen Euro. Die enge Zusammenarbeit der israelischen Armee mit der Bundeswehr wurde während des Gazakriegs nochmals ausgebaut. 250 deutsche Soldaten werden nach Israel geschickt zur Ausbildung im Kampf in urbanem Gelände, einschließlich Tunnelkampf.

Wenn die Kriegsverbrechen des Staates Israel gestoppt werden sollen, kommt es auch wesentlich auf unseren Protest an. Stoppt die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens!

Die Palästinenser haben ein Recht auf Widerstand!

Die PalästinenserInnen brauchen unsere internationale Solidarität!

- 1. Stoppt das andauernde israelische Massaker im Gazastreifen und die Angriffe auf die PalästinenserInnen im gesamten Land.**
- 2. Stoppt jegliche militärische Zusammenarbeit mit dem Apartheid-Staat Israel!**
- 3. Unterstützt den Aufruf von 171 palästinensischen Zivilorganisationen zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen den Staat Israel, solange bis die Menschenrechte der PalästinenserInnen verwirklicht sind!**